

KOMMENTAR ZU SUBVENTIONEN

Keine Staatshilfe für Siemens

Ausgerechnet Siemens! Ausgerechnet eine Tochter des Traditionskonzerns bittet um Staatshilfe: Siemens Energy möchte, dass der Staat Aufträge absichert. Gewiss: Deutschland braucht in der Energiewende solche Lieferanten, die von der Turbine bis zum Windrad alles im Angebot haben. Und anders als bei Lufthansa, Uniper oder Commerzbank geht es auch nicht darum, dass der Staat mit Kapital einsteigt, sondern es geht „nur“ um Garantien zur Absicherung des hohen Auftragsbestands, der eigentlich ein Erfolg für Siemens Energy ist. Läuft alles glatt und werden die Garantien nicht gezogen, wird auch kein Steuergeld benötigt.

Konzern ist selbst gefragt

Trotzdem wäre es ein schwerer Fehler, wenn der Staat dem Ruf nach Subventionen nachgibt. Die Krise, in der Siemens Energy steckt, ist selbst verschuldet. Bei der Übernahme der spanischen Windkraftfirma Gamesa hat sich der Konzern organisatorisch verhalten und bekommt Qualitätsmängel bis heute nicht in den Griff. Darum schauen die Banken bei den Garantien genauer hin. Auf diese Managementfehler mit Staatshilfe zu reagieren hieße: Ge-

winne privatisieren und Verluste sozialisieren. Das darf Wirtschaftsminister Robert Habeck nicht zulassen.

Auch das Argument, wonach wir uns sonst China ausliefern, sticht nicht. Natürlich darf Deutschland nicht nur in Asien einkaufen, doch auch US- und Schweizer Konzerne haben solche Produkte im Angebot. Der Wirtschaftsminister sollte nicht wieder auf die Industrieklagen hereinfallen: Intel und TSMC erhalten Milliarden für die Ansiedlung im Osten, Chemie und Stahl sollen mit Milliarden beim grünen Umbau unterstützt werden – und nun sogar die Tochter des reichen Siemens-Konzerns. Siemens ist zuerst selbst gefragt. Nicht nur, dass der Staat das Geld nicht hat oder es sinnvoller in Infrastruktur und Bildung investieren sollte: Das wird kein Handwerker verstehen: Auch er gewinnt allein – oder geht allein unter.

.....
politik@medienhausachen

ANTJE
HÖNING



ZUR PERSON

AfD-Politiker festgenommen



Im Visier der Behörden: Der bayerische Landtagsabgeordnete Daniel Halemba (AfD). FOTO: DPA

Der festgenommene AfD-Politiker Daniel Halemba bewertet den Haftbefehl der Staatsanwaltschaft Würzburg gegen ihn als Repression der Staatsregierung gegen die AfD. „Man wollte mich, einen gewählten Landtagsabgeordneten, drei Tage vor der konstituierenden Sitzung mit einem völlig willkürlichen Haftbefehl einsperren“, sagte der 22-Jährige in einem am Montag auf der Plattform X über den Account seines Anwalts veröffentlichten Video. „Das ist ein

weiterer trauriger Höhepunkt der Jagd der CSU auf die demokratische Opposition.“

Der Verfassungsschutz in Bayern darf die AfD im Freistaat als gesamte Partei beobachten und die Öffentlichkeit darüber auch informieren.

Die Staatsanwaltschaft Würzburg ermittelt gegen Halemba wegen Volksverhetzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen. Der Beschuldigte hatte bisher alle Vorwürfe als falsch zurückgewiesen. Er war am Montag bei Stuttgart nach tagelanger Suche aufgrund eines Haftbefehls festgenommen worden und sollte am Nachmittag einem Ermittlungsrichter vorgeführt werden. Der bayerische Landtag hob am Abend Halembas Immunität auf. (dpa)

AKTUELLES STICHWORT

Flugbereitschaft

Die Bundesregierung hat in den ersten 21 Monaten ihrer Amtszeit 1184 Mal die Flugzeuge und Hubschrauber der Bundeswehr für dienstliche Zwecke genutzt. Das Bundeskanzleramt ist Spitzenreiter mit 397 Flügen vor dem Auswärtigen Amt mit 246 Flügen, wie aus einer Antwort des Verteidigungsministeriums auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Sevim Dagdelen und anderer Mitglieder ihrer Fraktion hervorgeht.

Das Verteidigungsministerium selbst buchte 107-mal eins der aktuell 16 Flugzeuge oder einen der drei Hubschrauber der Flugbereitschaft. Dahinter folgen das Innenministerium (95 Flüge), das Wirtschaftsministerium (94) und das Finanzministerium (86). Im Durchschnitt nutzt die Bundesregierung die Flugbereitschaft etwa zweimal pro Tag.

Fast 1000 Flüge ohne Passagiere

Für die Flüge des Kanzlers, seiner Minister und deren Staatssekretäre mussten aber fast noch einmal so genauso viele Flüge absolviert werden, um die Maschinen zum Abflugort – meist Berlin – zu bringen. Das liegt daran, dass die Flugbereitschaft der Bundeswehr weiterhin in Köln-Wahn stationiert ist. Für die knapp 1200 Flüge der Bundesregierung bis zum 31. August dieses Jahres fielen deswegen 992 Flüge ohne Passagiere an. Diese würden aber „zielgerich-

tet“ für die Aus- und Weiterbildung genutzt, betont das Verteidigungsministerium in seiner Antwort.

Für den Transport des Bundespräsidenten, sowie von Mitgliedern des Bundestags, Bundesrats und Bundesverfassungsgerichts absolvierte die Flugbereitschaft seit dem Regierungswechsel Anfang Dezember weitere 331 Flüge. Hinzu kommen 282 Flüge für die Bereitstellung am Abflugort.

„Pure Heuchelei“

Dagdelen geht das Ausmaß der Nutzung der Flugbereitschaft zu weit. „Der Anspruch der Ampel-Regierung nach Umwelt- und Klimaschutz entlarvt sich mit dem Ausstoß Zehntausender Tonnen CO₂ für Leerflüge und exzessive Dienstreisen mit der Flugbereitschaft als pure Heuchelei“, sagte sie. „Die stärkere Nutzung kostengünstigerer Linienflüge wäre auch gegenüber den Steuerzahlern mehr als angemessen.“

Die Flugbereitschaft ist in den vergangenen Jahren immer wieder wegen Pannen in die Schlagzeilen geraten. Trotzdem reisen gerade die Vielflieger der Bundesregierung ungerne mit Linie, weil der Planungsaufwand ungleich größer ist. Auch gibt es von Berlin im Vergleich zu anderen Hauptstadtflughäfen wie London oder Paris verhältnismäßig wenige Direktflüge ins Ausland. (dpa)

Führungskräfte gesucht

Die katholische Kirche braucht in Deutschland neue Bischöfe. Der Vatikan lässt sich jedoch Zeit mit seinen Entscheidungen, die das Gefüge in der Bischofskonferenz verändern könnten.

VON KATHRIN ZEILMANN

BAMBERG Die katholische Kirche hat in Deutschland derzeit ein paar Spitzenjobs zu vergeben. Zum Beispiel in Paderborn, Osnabrück und im fränkischen Bamberg. Seit dem 1. November 2022 wartet man in diesem Erzbistum nach dem Rücktritt von Ludwig Schick auf einen neuen Chef, im Erzbistum Paderborn wurde der Posten schon einen Monat früher frei. Seitdem: Stille aus dem Vatikan. Dabei dürften diese ausstehenden Personalentscheidungen auch vorgeben, welche Richtung sich Rom für die deutsche Kirche wünscht: Werden die Reformkräfte gestärkt, die sich Frauen im Priesteramt oder nicht zölibatär lebende Pfarrer vorstellen können? Oder soll alles so bleiben, wie es ist?

Reformfreudiger Chef

„Papst Franziskus und seine Kurie haben jetzt die Möglichkeit, bei demnächst vier vakanten Bischofsstühlen Kandidaten zu ermitteln, die nicht auf der Linie des Synodalen Weges liegen, sondern eher das luftige Programm einer Beteiligungskirche von Franziskus unterstützen, bei dem am Ende allein der Papst entscheidet“, sagt der Kirchenrechtler Thomas Schüller aus Münster. Neben Bamberg, Paderborn

„Papst Franziskus und seine Kurie haben jetzt die Möglichkeit, bei demnächst vier vakanten Bischofsstühlen Kandidaten zu ermitteln, die nicht auf der Linie des Synodalen Weges liegen, sondern eher das luftige Programm einer Beteiligungskirche von Franziskus unterstützen, bei dem am Ende allein der Papst entscheidet.“

Thomas Schüller,
Kirchenrechtler

und Osnabrück dürfte auch der Bischofsstuhl von Rottenburg-Stuttgart bald frei werden, Gebhard Fürst hat ein Rücktrittsgesuch aus Altersgründen eingereicht. Der Chef der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Georg Bätzing, gilt als reformfreudig, mit Verve engagierte er sich im Synodalen Weg, bei dem gemeinsam mit Laien Wege aus der Krise gesucht werden sollten und nahm dabei manch rüde Abweisung aus Rom für deutsche Reformideen in Kauf. Doch es gibt auch eine starke kon-



Warten auf den neuen Bischof: Auch in Bamberg ist der Chefessel des Bistums derzeit nicht besetzt. Vakanzen gibt es auch in Paderborn und Osnabrück.

FOTO: DPA

servative Strömung, vertreten etwa durch den Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki und den Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer.

Neue Bischöfe zu finden, ist schwer geworden in Deutschland, denn der Fachkräftemangel in der katholischen Kirche ist eklatant: 2001 wurden nach DBK-Zahlen 124 Männer geweiht, 2022 waren es gerade einmal 45. Das bedeutet, dass auch der Kandidatenkreis für Bischofsämter immer kleiner wird.

Immerhin erwartet das Kirchenrecht eine fundierte theologische Ausbildung, bestenfalls einen Dokortitel, was die Auswahl noch drastischer einschränkt.

Ein Jahr Sedisvakanz – so heißt die bischofslose Zeit im Kirchenjargon – ist jedoch nach Worten Schüllers nicht ungewöhnlich. Das Verfahren sei komplex, viele Menschen und Gremien seien beteiligt. In jüngster Vergangenheit komme es zudem immer mehr vor, dass designierte oder gewählte Bischöfe ablehnen, das Amt anzunehmen, sagt Schüller: „Auch hier liegt oft ein Grund für Verzögerungen.“

„Große Hoffnungen“

Die Ämter in der Kirche und damit auch das Bischofsamt müssten neu überdacht werden, heißt es bei der Reformbewegung „Wir sind Kirche“. Wenn Synodalität das Strukturprinzip der Kirche werden sollte, müsse sich gerade im Bischofsamt Grundlegendes ändern. In diesem Jahr sei der im Vatikan für die Bischofsbesetzung zuständige Kardinal Marc Ouellet abgelöst worden durch Robert Francis Prevost „Mit ihm verbinden sich große Hoffnungen“, sagt Schüller.

Die Herausforderungen jedenfalls sind groß für die künftigen Bischöfe – egal, ob sie eine progressive Position einnehmen oder sich als Bewahrer etablieren wollen. Die Zahl der Kirchaustritte ist in allen Diözesen extrem hoch, viele Missbrauchsfälle harren der Aufklärung.

Vertrauensverlust

Und hier sieht „Wir sind Kirche“ auch Schwierigkeiten für Bistümer, die offiziell noch einen Bischof haben: „Ein großes Problem stellen Diözesen dar, in denen amtierende Bischöfe mit dem Vorwurf konfrontiert sind, dass sie oder ihre Vorgänger nicht gegen den Missbrauch vorgegangen oder jedenfalls die Aufklärung des Missbrauchs nicht entschlossen genug vorangetrieben haben. Auch insoweit ist ein enormer Vertrauensverlust eingetreten, der die Fähigkeit dieser Bischöfe zur Führung ihrer Diözese beeinträchtigt“, so Thomas Schüllers Analyse.

Wer hat Angst vor Sahara Wagenknecht?

Die Ex-Linken will mit ihrer neuen Partei vor allem der AfD Stimmen abluchsen. Die zeigt sich gelassen.

VON HAGEN STRAUSS

BERLIN Wer hat Angst vor Sahara Wagenknecht? Glaubt man den meisten Beobachtern, muss sich politisch vor allem die AfD warm anziehen. Dabei sind sich die Demoskopiker bisher noch uneins. Ein Institut sieht eine mögliche Wagenknecht-Partei aus dem Stand bei 14 Prozent, andere Meinungsforscher glauben, dass es derzeit nur für magere drei Prozent reichen würde. Noch, so das Argument vieler Politiker aus anderen Parteien, die sich lieber nicht äußern wollen, sei ja gar nicht klar, ob die Ex-Linken am Ende auch eine Neugründung wird stemmen können. In der Tat, bislang gibt es nur den Verein „Bündnis Sahara Wagenknecht“ (BSW) – und die Ankündigung, bei der Europawahl im Mai antreten zu wollen. Wenn möglich, dann auch im September bei den drei Landtagswahlen im Osten.

Dort ist laut Umfragen besonders stark: die AfD. In Sachsen etwa liegt sie bei über 30

Prozent. Der Trierer Politikwissenschaftler Uwe Jun sagt, da Wagenknechts noch zu gründende Partei „offenkundig auf unzufriedene Protestwähler abzielt, liegt hier durchaus ein Überschneidungspotenzial zur AfD vor“. Sollte sie dann auch noch das Thema Migration ähnlich mit sehr restriktiven Positionen besetzen, würde sich die Schnittmenge deutlich vergrößern. „Letzteres ließ sie aber zuletzt unklar“, betont Jun.

Für den Politikexperten Albrecht von Lucke, auch Redakteur der „Blätter für deutsche und internationale Politik“, ist klar, dass Wagenknecht innenpolitisch ein ausgesprochen günstiges Momentum abgepasst habe. „Manche setzen schon deshalb auf die kommende Wagenknecht-Partei, weil sie die angeblich einzige Kraft sei, die den Aufstieg der AfD noch verhindern könne“, so von Lucke zu unserer Zeitung. Diese „maßlose Stilisierung“ spiele ihr und ihren Mitstreitern enorm in die Hände. Wagenknecht trete fast auf „als die letzte Chance zur Rettung der alten Bundesrepublik in allen Bereichen“.

Plant Parteigründung: Sahara Wagenknecht. FOTO: DPA

positioniert sich Wagenknecht als neue Sammlungsbewegung in alle Richtungen, wobei sie natürlich vor allem auf die Wählerinnen und Wähler der AfD zielt. Das verspricht gerade im Osten, aber durchaus auch im Westen einigen Erfolg.“

Bei der AfD schaut man zwar genau hin, was sich am linken Rand tut, gibt sich aber betont gelassen. Schon beim Parteitag Ende Juli in Magdeburg sagte der Co-Vorsitzende Tino Chrupalla unserer Zeitung: „Wenn es eine Wagenknecht-Partei (...) geben wird, wird die von allen Parteien Prozente abziehen.“ Sein Vize Stephan Brandner legt nach: „Wagenknecht ist ja Ankündigungsweltmeisterin, was neue Organisationen angeht.“ Sie habe wohl „ihre Felle und damit ihre Haupteinnahmequelle bei der

Linken“ davonschwimmen sehen, so Brandner zu unserer Zeitung. Wagenknecht gehe es nicht darum, Deutschland „nur ein kleines bisschen besser zu machen“. An den Abstimmungen im Bundestag nehme sie höchst selten teil. „Sie ist nichts anderes als ein Silvesterböllchen, der zwar kurz ordentlich Krach macht, von dem dann aber nichts übrig bleibt als ein paar Schnipsel und viel Rauch um nichts.“

Aus Sicht von Luckes werden Koalitionen künftig jedenfalls schwieriger. Denn die „regierungswillige Mitte“ könnte demnächst von zwei populistischen Parteien in die Zange genommen werden. Welche von beiden – AfD oder Wagenknecht-Bündnis – dann erfolgreicher sein wird, ist aber noch lange nicht ausgemacht.

NACH WAGENKNECHTS AUSTRITT

Mitgliederzuwachs bei der Linken

Die Linke hat nach eigenen Angaben seit der Abspaltung des „Bündnisses Sahara Wagenknecht“ unter dem Strich Mitglieder gewonnen. Binnen einer Woche hätten bis Montagmorgen online 422 Menschen ihren Eintritt in die Partei erklärt, sagte Bundesgeschäftsführer Tobias Bank in Berlin. Dem gegenüber stünden 224 Austritte, einschließlich der zehn Bundestagsabgeordneten um die frühere Fraktionschefin Sahara Wagenknecht.

Die Gesamtzahl der Mitglieder gibt die Linke auf ihrer Webseite mit 54 214 an, allerdings mit Stand Ende 2022. Neuere Zahlen nannte die Partei zunächst nicht. (dpa)